

**STELLUNGNAHME zu Antrag**

DHH/2025/0001

Optimierungen im Personalbereich  
Antrag: CDU

| Seite HH-Plan              | Wählen Sie ein Element aus |      | Kontierungsobjekt | Plankonto/FiPo |
|----------------------------|----------------------------|------|-------------------|----------------|
| 31 ff.                     |                            |      |                   |                |
| Wählen Sie ein Element aus |                            |      |                   |                |
| 2026                       | 2027                       | 2028 | 2029              | 2030           |
|                            |                            |      |                   |                |
| Wählen Sie ein Element aus |                            |      |                   |                |
| 2026                       | 2027                       | 2028 | 2029              | 2030           |
|                            |                            |      |                   |                |

Die Personalkosten der Stadtverwaltung werden von vielen Faktoren beeinflusst, auf die die Stadt selbst keinen Einfluss hat. Ein Beispiel dafür sind die erheblichen Tarifierhöhungen der letzten Jahre.

Auf Tandem-Modelle sollte nicht verzichtet werden, da sich diese in der Praxis bewährt haben. Sie fördern in erster Linie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Eine generelle Verzögerung von Beförderungen basierend auf internen Wartezeiten könnte sich negativ auf die Motivation der Beamt\*innen auswirken und die Position der Stadt Karlsruhe als Arbeitgeberin schwächen, insbesondere im Wettbewerb mit anderen Behörden wie dem Landratsamt, dem Regierungspräsidium oder den umliegenden Kommunen. Zudem sind Hochschulabsolvent\*innen heutzutage nicht mehr unbedingt ortsgelassen und flexibler in ihren Entscheidungen zwischen Behörden mit vergleichbaren Aufgabenfeldern. Neben „Mobilen Arbeiten“ bleiben die (monetären) Entwicklungsmöglichkeiten starke Attraktivitätsfaktoren. Daher sollte eine Verkürzung dieser Wartezeiten bei guten Leistungen weiterhin möglich bleiben.

Der von der Stadtverwaltung eingeschlagene Weg der Stellenreduzierungen bis 2030 umfasst zahlreiche Maßnahmen in den Dienststellen und den Querschnittsämtern, darunter auch eine Prozessanalyse und -optimierung sowie eine gezielte Prüfung von Digitalisierungs- und Automatisierungsmöglichkeiten. Die technischen Entwicklungen in diesem Bereich sollten von den Ämtern überwacht werden, wobei insbesondere die Dienstleistungsqualität für die Bürger\*innen und Gewerbetreibenden im Fokus stehen muss. Fragen zur Aufgabenverteilung und zur Standardkritik stehen hierbei im Spannungsfeld zu den Erwartungen

der Stakeholder. Die Dienststellen sind aufgefordert, die Personalkosten sowie die Reduzierung von Personalstellen zu berücksichtigen, sodass die Wirtschaftlichkeit in diesem Bereich besonders im Vordergrund steht.

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag als erledigt zu betrachten.